



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Krumsiek besuchte Uni-GH

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

Keine ausdrückliche Ablehnung der HRG-Novelle, doch:

Senat der Uni-GH kritisierte einige Änderungsvorschläge

Paderborn (ghp). Der Senat hatte sich auf seiner 16. Sitzung am 12. Dezember unter anderem mit einem AStA-Antrag zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) zu beschäftigen. Nach dem Willen der Studentenvertretung sollte sich der Senat "ausdrücklich gegen die Pläne der Bundesregierung zum HRG wenden". Er tat dies nicht - jedenfalls nicht in der von den Studenten gewünschten grundsätzlichen Form. Keiner der neuen angeführten Punkte zu Fragen der Studienreform, der Forschungsförderung, der Personalstruktur und der Mitbestimmung wurde in der vorgelegten Form beschlossen. Die Vorlage bestand aus einem Konglomerat von zum Teil kommentierten oder bloß aufgelisteten HRG-Paragraphen.

Was der Senat letztlich beschloß und an das Bundesbildungsministerium weiterleitete, war in wesentlichen Punkten der Stellungnahme der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) zum Entwurf eines 3. Gesetzes zur Änderung des HRG entlehnt.

Im Einklang mit der WRK sieht der Senat keinen Novellierungsbedarf zu § 10, Absatz 5 und 6, der in seiner Neufassung eine Änderung der postgradualen Studienangebote und eine Erweiterung der Studienmöglichkeiten für besonders qualifizierte Studenten vorsieht.

In Punkt 5 des AStA-Antrags wendete sich dieser "gegen die in § 25 vollzogene Lockerung der Rahmen-

bedingungen für die Drittmittelforschung". Die Senatsmitglieder sprachen sich demgegenüber eindeutig für die Neufassung aus. Die vorgesehene Erleichterung würden, wie auch die WRK feststellt, "im Interesse von Forschung und Lehre befürwortet".

Kein Bedürfnis an einer bundesgesetzlichen Regelung für die neue Zeitvertragspraxis für Nachwuchswissenschaftler, festgehalten im § 56 und vom AStA als "unzumutbare Ausweitung" interpretiert, besteht nach Auffassung des Senats. Das Hochschulgremium begrüßt Zeitverträge unter der Voraussetzung, "daß die Möglichkeit zur Weiterqualifikation festgeschrieben wird". Die Qualifikationsfunktion der Mitarbeiter-tätigkeit sei zu betonen.

Der Senatsbeschluß hält ausdrücklich fest, keine über die Grundsätze des Bun-

desverfassungsgerichts hin- ausgehende Veränderung der geltenden Mitbestimmungsmöglichkeiten in Fachbereichsräten, Senat und Konvent für notwendig zu erachten. Im Gegenteil: er sieht die Gefahr, daß nach der geplanten Novelle etwa der Senat zu einem Gremium aufgebläht wird, dessen Arbeitsfähigkeit durch Aufstockung der Mitgliederzahl behindert würde.

Die einstimmig verabschiedete Stellungnahme des Senats verweist kritisch auf die Neufassung des § 38 Absatz 1, der allerdings im AStA-Antrag keine explizite Erwähnung findet. Die Novelle würde mit diesem Paragraphen eine Stimmgewichtsregelung auf Senatsebene unmöglich machen, indem sie in den Kollegialorganen die Mehrheit der Stimmen und der Sitze verlange. Diese Regelung, so der Senat, würde die Ausprägung des Regionalprinzips der Hochschulstruktur gefährden.

Der AStA bedauerte in einer Erklärung, die dem Senat zu seiner 17. Sitzung vorgelegt wurde, daß dieser mit seiner Stellungnahme die Pläne zur Novellierung "nicht ausdrücklich" abgelehnt habe.

Wissenschaftsminister Krumsiek zu Gast in Uni-GH

Eindeutige Absage an HRG-Novelle

Paderborn (ghp). Zum Konzept der Gesamthochschule und gegen die geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) bekannte sich der Wissenschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Rolf Krumsiek, am 28. Januar auf einem

hochschulpolitischen Hearing des AStA der Uni-GH Paderborn. Krumsiek wertete die geplante HRG-Novellierung als die "erklärte Absicht der Bundesregierung, ihre Wendepolitik zu verwirklichen". Die Novelle, so der Minister, sei ordnungspoli-

tisch nicht notwendig. Zwar brauche die Forschung an den Hochschulen eine "kreative Unruhe", sie bedürfe jedoch gleichzeitig "Ruhe in ihrer Organisation". Diese Ruhe würde durch die HRG-Novelle gestört. Falls die Novelle tatsächlich in der vorliegenden Form vom Bundestag verabschiedet wird, habe das Land Nordrhein-Westfalen "keine Eile mit der Umsetzung", betonte der SPD-Politiker. Er rief alle Beteiligten zu einem "solidarischen Vorgehen" auf, damit die HRG-Novelle nicht zustande komme.

An der Podiumsdiskussion unter der Leitung des ASTA-Vorsitzenden Ulrich Walwein nahmen neben dem Minister der Hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Dr. Gerhard Rödding, der stellvertretende Vorsitzende der Fachgruppe Hochschule in der GEW, Johannes Wildt und Uni-Rektor Dr. Friedrich Buttler teil.

Eine Zustimmung zur HRG-Novelle sei innerhalb der CDU "im großen und ganzen vorhanden", meinte Rödding und ergänzte: "Ich erwarte an den Universitäten keine lähmende Diskussion zur Novelle." Der CDU-Bildungsexperte sprach sich für eine weitgehende Selbstverwaltung der Hochschule aus. Dies bedeute zugleich Selbstverantwortung. So habe die Studienreform Sache der Hochschule zu sein. Die CDU sei der Auffassung, daß die Unis im Lande zu stark reglementiert würden. Den ASTA verwies der CDU-Politiker auf die beabsichtigte Neuregelung zur Wahl des Studentenparlaments. Die Studentenvertretungen würden zukünftig nur dann legitimiert sein, wenn eine ausreichende Anzahl von Studenten an den Wahlen teilnähmen. Das HRG

sehe einen ASTA nicht zwingend vor.

GEW-Vertreter Wildt, befragt nach den Anforderungen, die die Gewerkschaft an Ausbildung und Forschung stellt, rückte die "Thematisierung der öffentlichen Funktion der Hochschulen" in den Vordergrund. Zur Zeit müsse man von einer "Entöffentlichung" sprechen, konstatierte Wildt, Forschung und Ausbildung würden "Marktgesetzlichkeiten unterworfen", ständen "unter privater Verfügung". Er forderte eine "breite Ausbildung möglichst vieler", damit diese gesellschaftliche Prozesse durchschauen lernten. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung, so Wildt, sei immer "mit Blick auf die soziale Verantwortung" zu betrachten. Zur HRG-Novelle erklärte er: "Die Ablehnung der Gewerkschaft ist nicht umstritten."

Rektor Buttler trug die Bedenken der Hochschule gegen die HRG-Novelle vor, und verwies dabei auf einen entsprechenden Beschluß des Senats. Die Novelle gebe keine Hilfestellung in der Bewältigung der aktuellen Probleme der Hochschulen. Positiv zu bewerten sei die geplante Lockerung der Einwerbung von Drittmitteln, ein Handlungsbedarf bestehe jedoch nicht in der Veränderung bestehender Mehrheitsverhältnisse in den Gremien über die vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Grundsätze hinaus. Auch sei bei der Studienreformerarbeit, so Buttler, nach dem alten HRG bislang "sehr Gutes" geleistet worden. Die geplante Förderung besonders begabter Studenten sei ebenfalls auf Grundlage der jetzigen Rahmenrichtlinien realisierbar. Buttler: "Wir wollen Leistungseliten. Was

wir nicht wollen sind Sozial-eliten."

Die Schwerpunktsetzungen in der Hochschullehre- und forschung will Minister Krumsiek nach eigenem Bekunden künftig nicht zu Lasten der Geisteswissenschaften vollziehen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Genehmigung zusätzlicher Magisterstudiengänge durch sein Ministerium.

Krumsiek wurde von einer autonomen Frauengruppe an der Uni-GH ein offener Brief überreicht, in dem er auf die "erklärte Absicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung" hingewiesen wurde, die "beruflich-gesellschaftliche Gleichberechtigung für Frauen durchzusetzen, auch im öffentlichen Dienst". Konkret kritisieren die autonomen Frauen in ihrem Brief das Berufungsverfahren für die Besetzung einer C4-Professur für Literaturwissenschaften, da ihrer Meinung nach eine qualifizierte Wissenschaftlerin nicht in die Dreierliste aufgenommen wurde. Mit dem offenen Brief wollen die Frauen aufmerksam machen auf "die unauffällig sich gebenden Praktiken der Selbstergänzung männlichen Wissenschaftspersonals".

Minister Krumsiek sicherte den Frauen eine eingehende Prüfung der Berufungsliste zu. Buttler wies darauf hin, daß sowohl der Senat als auch der Fachbereich bei ihrer Entscheidung von der Gleichstellung der Bewerber ausgehen." Frauen haben grundsätzlich die gleichen Berufungschancen", betonte der Rektor. Diskussionen über Berufungsverfahren sollten hochschulintern geführt werden.